

Das Mädchen, das wie ein Ding weggesperrt wurde

Gina Rubeli möchte Buchhändlerin werden. Doch die Eltern sehen sie als Coiffeuse. Das Mädchen rebelliert und wird ins Gefängnis geworfen. Klingt wie in einer Diktatur, ist aber 1970 in der Schweiz passiert. Und wie Gina Rubeli wurden damals Hunderte administrativ versorgt.

Der Sommer 1969 geht als «Summer of Love» in die Geschichte ein. In Woodstock feiern eine Million Hippies Janis Joplin, Jimi Hendrix und Grateful Dead. Die Welt bejubelt die erste Mondlandung. In Deutschland sorgt der Film «Easy Rider» für Furore. In Altstätten SG schleicht die 17-jährige Gina Rubeli zum wiederholten Mal durch die Hintertüre aus dem Haus und fährt per Autostopp mit einer Freundin nach St. Gallen. Sie besuchen ein verrufenes Lokal, das Africana, genannt Aff. Legendär für Stoffe, aus denen Jugendträume sind: Rockmusik und endlose Weltverbesserungsdiskussionen.

«Ich wollte einfach raus aus der Enge des Kaffs», sagt Gina Rubeli (58), «da draussen war eine grosse fantastische Welt voller neuer Ideen, Freunde, Musik, Bücher. Vor allem Bücher. Sie eröffnet mir ein ganzes Universum.» Altstätten stand für Engstirnigkeit und Erzkatholizismus, für Streit zwischen den Eltern, Schläge von der Mutter mit dem Elektrokabel. Der Stiefvater wollte ihr nicht erlauben, weiter in die Schule zu gehen oder etwas anderes zu lernen als Coiffeuse. Gina wollte Buchhändlerin werden. «Glaubst du etwa, wir bezahlen das? Du kannst arbeiten gehen», hiess es. Gina rebellierte, war nach damaligen Massstäben aufmüpfig und frech.

«Wenn du nicht recht tust, gehe ich zur Gemeinde», droht die Mutter, «die werden dann schon fertig mit dir.» 1970 macht sie die

Drohung wahr. Gina Rubeli kommt in ein Heim im Kanton Zürich, reisst aus, kommt in ein Kloster in Fribourg, verübt einen Selbstmordversuch, kommt in die psychiatrische Klinik in Wil SG, wo ihr Chefarzt Kunz eröffnet, dass ein Beschluss vorliegt: administrative Versorgung auf unbestimmte Zeit. Der verzweifelte Teenager zertrümmert in Panik das Badezimmer. Mit einer Injektion Truxal wird sie ruhig gestellt, fällt ins Koma und erwacht Tage später in einer Zelle in Hindelbank BE. «Für unbestimmte Zeit», wiederholt Gina Rubeli, «dabei hatte ich weder gestohlen noch Drogen konsumiert oder mich sonst irgendeines Delikts schuldig gemacht.»

Sie stand nie vor einem Richter – aber die nächsten zwölf Monate in der Waschküche des Berner Frauengefängnisses. Zusammen mit Mörderinnen, Diebinnen, Brandstifterinnen und Engelmacherinnen, damals illegale Abtreibungshelferinnen. Der einzige Unterschied: Die Strafgefangenen wissen, warum sie einsitzen, welche Rechte sie haben und wann sie entlassen werden – die administrativ Versorgten nicht.

Der Gefängnisarrest prägte ein ganzes Leben

Zwischen 1942 und 1981 sperrte die Eidgenossenschaft Tausende von Jugendlichen weg. Der Vorwurf lautete meist: Vaganterei, arbeitsscheu oder liederlicher Lebenswandel. Nach jahrzehntelangem zähen Ringen um Rehabili-



GINA RUBELI, 19 JAHRE, 1971:
Zwei Wochen nach ihrem Austritt von Hindelbank.

tation sollen sie nun moralische Wiedergutmachung erfahren. Knapp Hundert Männer und Frauen treffen sich am 10. September mit Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf zu einem «Anlass mit festlichem Charakter» im Frauengefängnis Hindelbank, an dem sich «die einladenden Behörden zum Geschehen aus verschiedenen thematischen Blickwinkeln äussern und einen Beitrag zur moralischen Wiedergutmachung der betroffenen Personen leisten», wie das Eidgenössische Justizdepartement verlauten lässt. «Wir erwarten eine offizielle Entschuldigung», sagt Gina Rubeli.

Eine Entschuldigung für ein verpfushtes Leben. «Bei den Buben brauchte es etwas mehr, bis sie versorgt wurden», sagt Rubeli, «dafür ging es in den Männerstrafanstalten aber noch brutaler zu als bei uns.» 1970 galten Mädchen bereits als liederlich, wenn sie mit 17 einen Freund hatten. Stigmatisiert sind beide bis heute. Auf ih-

rer Stirn und in ihrer Seele prangt ein unsichtbarer Stempel: Gefängnisarrest! Wie in einem Lebenslauf Monate oder gar Jahre Anstaltsaufenthalt erklären? Wie beweisen, dass man nicht aufgrund eines Gerichtsurteils einsass, sondern weil ein Laienvormund es für das Beste hielt?

Nur Stellen, bei denen kein Lebenslauf gefragt war

Warum schob sie nicht einfach ein Haushaltsjahr vor? Gina Rubeli traute sich nicht zu lügen: «Wenn es ausgekommen wäre, hätte ich wegen Urkundenfälschung nochmals ins Gefängnis gehen müssen.» Sie wählte die Vermeidungsstrategie, nahm nur Stellen an, bei denen kein Lebenslauf und keine Referenzen verlangt wurden. Es waren entsprechend schlecht bezahlte Arbeiten.

Und sie zügelte an den Neuenburgersee, wo sie noch heute lebt. Hier macht sie mit 39 eine Lehre als Druckerin und versucht in jahrelanger Psychotherapie, das Geschehene aufzuarbeiten. «Irgendwann wollte ich mich nicht mehr verstecken, weil es nichts zu verstecken gab», sagt Gina Rubeli mit fester Stimme. «Ich habe nichts Unrechtes getan und will mich nicht weiter schämen müssen für Unrecht, das mir zugefügt worden ist.»

1971, nach zwölf Monaten in Hindelbank, hört Gina Rubeli im Radio ein Interview mit dem St. Galler Strafrechtsreformer Professor Eduard Nägeli. Sie schreibt ihm einen Brief, →

Ein Jahr sass
Gina Rubeli als
junges Mädchen im
Frauengefängnis
Hindelbank.
Weil sie nicht
spurte.



**FRAUENKAST**

In engen Zellen sassen die Frauen in Hindelbank ihre Strafe ab. Im Gefängnishof durften sie frische Luft schnappen.

«Ich hatte weder gestohlen noch Drogen konsumiert oder sonst irgendein Delikt begangen.»

➔ den ihre Mutter, die inzwischen vom schlechten Gewissen geplagt wird, aus Hindelbank schmuggelt. Ein paar Wochen später kann sie die Strafanstalt verlassen. Dann kommt Post. Die Vormundschaftsbehörde verlangt mehrere tausend Franken für Kost und Logis in Hindelbank.

Ein Hin und Her, wer sich entschuldigen soll

Als besonders perfide empfindet Rubeli die Behauptung, die Jugendlichen seien zu ihrem eigenen Schutz versorgt worden.

«Schon damals wusste man ganz genau, was eine Strafvollzugsanstalt ist und dass einen das fürs Leben brandmarkt.» Zumal sich bereits in den Fünfzigerjahren die Stimmen in Politik und Justiz häuften, die diese brachialen Jugenderziehungsmethoden anprangerten, die in krassestem Widerspruch zu Menschenrechten und Verfassung standen. Aber sie waren legal und Gesetzeskonform. «Das eidgenössische Zivilgesetzbuch und die kantonalen Fürsorgegesetze regelten die Voraussetzungen für eine administrative Versorgung nur rudimentär», schreibt

«Beobachter»-Redaktor Dominique Strelbel in seinem Buch «Weggesperrt», das in diesen Tagen erscheint.

Strelbel berichtet Haarsträubendes. Von ledigen Müttern, deren Kinder zwangsweise zur Adoption freigegeben wurden. Von Schmerz, Hoffnungslosigkeit und abgrundtiefer Verzweiflung der Betroffenen. Von Beamtenwillkür, Machtmissbrauch und selbstgefälligen Vormundschaftsbehörden. Von Ausreden, Ausflüchten und dem bis heute andauernden Gerangel zwischen Bund und Kantonen, wer denn für eine allfällige

Entschuldigung zuständig sei. Fritz Meyer, ehemaliger Direktor der Strafanstalt Hindelbank, fragt sich im Buch, wie er das damals habe verantworten können. Er ist nicht der Einzige, der sich dieser Frage stellen muss.

Die Schwester von Gina Rubeli erinnert sich noch gut, wie eines Tages der Gemeindeammann in der Stube stand: «Ich war erst neun Jahre alt und entsetzt. Dachte mir aber, Gina habe halt nicht recht getan, darum müsse sie nun weg.» Sie sei von Natur aus braver gewesen, sagt die Schwester, aber nicht zuletzt we-

Anzeige

Stopft die Löcher im Budget.

9.80
/ Monat

Das günstigste Handy-Abo



Fr. 0.-*
Nokia C5

Quadband, HSDPA, UMTS, GPRS, EDGE, 3,2-Megapixel-Kamera mit LED-Blitzlicht, Musikplayer, Radio, Navigation, ohne Abo Fr. 249.- / 7945.472

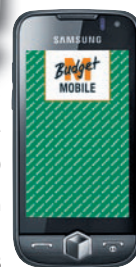
*M-Budget Mobile Abonnement 24 Monate. Beim Abschluss eines neuen M-Budget Mobile Abonnements (Fr. 9.80/Mt.), Abodauer mindestens 24 Monate, exklusive SIM-Karte Fr. 40.-.

www.m-budget-mobile.ch



9.80
/ Monat

Das günstigste Handy-Abo



Fr. 0.-*

Samsung Jét GT-S8000
HSDPA/WiFi (WLAN), AMOLED-Display mit 16 Millionen Farben, Full Touchscreen, 5-Megapixel-Kamera, ohne Abo Fr. 399.95

Erhältlich bei

mobilezone
the best for communication

Auch erhältlich bei

swisscom

www.melectronics.ch **Garantiert Freude.**

m electronics
MIGROS

«Ich dachte, meine Schwester Gina hätte halt nicht recht getan.»

➔ gen dem, was Gina widerfahren sei, habe sie, beschlossen, ihr Leben in den Griff zu bekommen. Trotz der schwierigen Familienverhältnisse. Die Mutter von Gina Rubeli grämte sich bis zu ihrem Tod, weil sie unabsichtlich ihre Älteste hinter Gitter gebracht hatte. Noch Jahre später beschimpfte sie die Verantwortlichen in aller Öffentlichkeit und stand bald im Ruf, hysterisch zu sein. Der Stiefvater zog sich in den Alkohol zurück. Er ist mittlerweile ebenfalls tot. Gina Rubeli erkrankte vor ein paar Jahren am linken Auge und musste den Beruf als Druckerin aufgeben. Seit einem Herzinfarkt darf sie keine anstrengenden Arbeiten mehr ausführen.

«Im Fall Rubeli habe ich mir nichts vorzuwerfen»

Der Gemeindeammann, der damals auch CVP-Nationalrat und Vorstand der Vormundschaftsbehörde von Altstätten war, ist heute 90 Jahre alt. Zum Thema administrativ Versorgte allgemein sagt er: «Man machte das sicher nicht leichtfertig. Es ist aber schon möglich, dass auch Sachen vorgekommen sind, die nicht in Ordnung waren.» Die Akte Gina Rubeli hat er aus aktuellem Anlass nochmals studiert. Sein Fazit: «Ich habe mir im Fall Rubeli nichts vorzuwerfen.»

Texte Ruth Brüderlin
Bild Anita Schlaefli

Die ausführliche Lebensgeschichte von Gina Rubeli und anderen administrativ Versorgten ist nachzulesen unter www.administrativ-versorgte.ch (Gina Rubeli erscheint unter dem Pseudonym Kikide) und im Buch «Weggesperrt» von Dominique Strebler, das am 8. September 2010 im Beobachter Verlag erscheint.

DAS SAGT DIE EXPERTIN

SP-Politikerin Jacqueline Fehr reichte im April 2009 im Nationalrat eine Interpellation betreffend der administrativ Versorgten ein. Sie wird sich weiter auf politischer Ebene um die Betroffenen kümmern.



«Man hat Angst vor weitergehenden Forderungen»

Jacqueline Fehr, am 10. September trifft Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf etwa Hundert administrativ Versorgte in Hindelbank. Welches sind die Erwartungen?

Die Betroffenen hoffen auf eine Entschuldigung. Für die Behördenmitglieder ist es eine Chance, mit einer Entschuldigung ein schwieriges Kapitel Schweizer Geschichte ein Stück weit wiedergutzumachen.

Ist das Treffen lediglich Ausdruck guten Willens?

Dahinter stehen sehr viele ernsthafte Bemühungen der heutigen Behörden. Ich konnte in verschiedenen Gesprächen feststellen, dass diese Schicksale niemandem gleichgültig sind. Im Gegenteil, viele Behördenmitglieder setzen sich intensiv damit auseinander.

Warum tun sich die Behörden so schwer mit einer Entschuldigung?

Weil es um eine Vergangenheit geht, in die sie nicht direkt involviert waren. Es geht auch um die Frage, ob man damals wirklich unrecht gehandelt hat oder es nur aus heutigem Blick unrecht ist. Und man hat Angst vor weitergehenden Forderungen.

Finanzieller Natur?

Einerseits; und natürlich auch Forderungen weiterer Gruppen, die ähnliche Schwierigkeiten hatten. Es gibt eine ganz Reihe dunkler Kapitel in unserer Sozialgeschichte: Verdingkinder, Zwangssterilisierte, Umgang mit Alleinerziehenden, Kinder der Landstrasse, Heimkinder und so weiter. Überall, wo es um Armut ging oder um Fragen der Rechtschaffenheit, reagierte man mit Ausgrenzung.

Die Versorgten mussten arbeiten, und ihre Eltern wurden zusätzlich für Kost und Logis zur Kasse gebeten. Wäre eine finanzielle Entschädigung nicht angemessen?

Ich gehe davon aus, dass die finanziellen Folgen der Massnahmen als Forderung irgendwann auf den Tisch kommen. Aber es ist Sache der Opfer, darüber zu entscheiden.

Soll man die damals Verantwortlichen heute zur Rechenschaft ziehen?

Es gibt Opfer, die Rachegefühle haben und den Verantwortlichen ins Gesicht sagen wollen, wie elend es ihnen ergangen ist. Das ist begreiflich. Primär muss aber das Passierte öffentlich aufgearbeitet werden, um den Opfern ihre Würde zurückzugeben. Die

gesellschaftliche Wertung machte das Verhalten der Behörden erst möglich. Wir sehen einen Teil unserer eigenen Geschichte, der uns daran erinnert, dass unsere heutige Sozialpolitik nicht einfach vom Himmel gefallen ist, sondern erkämpft werden musste. Viele Leute mussten einen schweren Weg gehen, damit wir als Gesellschaft zur Einsicht kamen, dass es einen Sozialstaat auf der Basis von Recht und Gerechtigkeit braucht.

Die Vormundschaftsbehörde war also nicht allein schuld, sondern auch die Gesellschaft?

Der gesellschaftliche Kontext war ein Stück weit so, dass es von den Behördenmitgliedern sogar erwartet wurde, so zu handeln. Es war eine Wechselwirkung zwischen dem individuellen Verschulden der Behördenmitglieder und der gesellschaftlichen Akzeptanz und Erwartung.

Wofür wird sich die Schweiz in 20 Jahren entschuldigen müssen?

Wohl für den Umgang mit den Sans-Papiers, insbesondere mit deren Kindern. Sie werden an Schulbesuch und Ausbildung gehindert, ohne dass sie etwas dafür können und ohne dass es uns etwas bringt.